

## Günter Grass: Parlamente überfordert

**Frage:** Herr Grass, vor sechs Wochen haben Sie erklärt: »Sollte es trotz aller Proteste der Bundesbürger zu einer Stationierung kommen, werde ich mein Verhältnis zu dieser parlamentarischen Demokratie überdenken, wenn nicht in Frage stellen müssen.« Zu welchem Ergebnis sind Sie dabei gekommen?

**Günter Grass:** Damit hier keine Mißverständnisse aufkommen: Ich fühle mich zunehmend als ein radikaler Demokrat. Es gibt zur Demokratie keine Alternative. Nur ist die Frage erlaubt und notwendig, die ich heute stelle: ist ein Parlament auf die Art und Weise, wie es heute arbeitet, noch in der Lage, die aufkommenden Probleme wirklich zu behandeln?

**Frage:** Woran liegt das ihrer Meinung nach?

**Günter Grass:** Es sind zu viele Nebengrößen, Machtkonstellationen außerhalb der demokratischen Kontrolle, die das Parlament beeinflussen. Die Interessen der Wirtschaft schlagen durch. Am Beispiel Waldsterben wird ganz deutlich, daß gegen jede bessere Einsicht Rücksicht auf die Wirtschaft genommen wird. Und so zwar auch die Wirtschaft nicht saniert wird, wohl aber der Wald dabei kaputtgeht.

**Frage:** Was muß passieren?

**Günter Grass:** Aus meiner radikaldemokratischen Sicht sage ich, daß jede wirtschaftliche Einmischung in den parlamentarischen Entscheidungsprozeß unter Strafe gestellt werden sollte.

Den ganzen Lobbyismus in Bonn sollte man von mir aus aus der Stadt vertreiben und dann ein Bannmeile errichten, eine wirkliche Bannmeile, in der diese außerparlamentarische Mitsprache, die dauernd die Parlamentsentscheidung unterläuft, nicht mehr möglich ist. Erst danach, glaube ich, sind Voraussetzungen geschaffen, um in Sachen Waldsterben, aber auch auf anderen Gebieten, Demokratie wirksam werden zu lassen.

**Frage:** Im Plebiszit liegen aber doch auch große Gefahren. Dann droht uns womöglich wieder die Einführung der Todesstrafe und Faschisten könnten dieses Instrument, wie in Nordrhein-Westfalen schon einmal begonnen, hervorragend zur Agitation ihrer »Ausländer-raus-Politik« nutzen ...

**Günter Grass:** Ich glaube nicht, daß sich eine Mehrheit der Bevölkerung für »Ausländer-raus« finden würde. Und auch bei der Todesstrafe sehe ich heute kein Risiko mehr, das war in den 60er und 70er Jahren sicherlich noch anders.

Nach meinen Beobachtungen halte ich die Bevölkerung der Bundesrepublik in ihrem Urteil für differenzierter und sensibler als das Parlament. Und in manchen Dingen auch für politisch reifer.

Die hohe Zeit des Parlaments, mit großen Rednern, mit Leuten, die in der Lage waren, über das jeweilige Sachgebiet hinaus zu diskutieren, ist vorbei. Die Abgeordneten sind heute nahezu austauschbar in ihrer Blässe, in der Dürftigkeit des Arguments, in ihrer Sachbezogenheit.

Es ist also ein gegenläufiger Prozeß: Hier eine immer größere Reife der Bevölkerung mit einem Gefahrenbewußtsein, das differenziert und sensibel zugleich ist, und auf der anderen Seite ein beschämendes Trauerspiel wie diese Zwei-Tage-Debatte um die Stationierung. Da ging es schon gar nicht mehr darum, ob wir diese Systeme überhaupt brauchen, sondern um Treugelöbnisse in der Art von Nibelungentreue gegenüber der Nato und gegenüber den Vereinigten Staaten.

(aus: Karlsruher Rundschau)

## Professor Däubler: Zu rechtlichen Fragen

Herr Prof. Däubler, was halten Sie vom Volksbegehren?

**W. D.:** »Die Initiative für einen Volksentscheid gegen die Raketen im Lande halte ich für eine gute Sache. Wir wissen alle, daß die Bevölkerung in ihrer Mehrheit die Stationierung ablehnt. Unglücklicherweise beinhaltet unser politisches System in der Regel nicht die Möglichkeit für seine Bürger, sich in einer bestimmten Sachfrage zu äußern. Dadurch wird z. B. verhindert, daß CDU-Wähler, die gegen die Raketen sind, dieser ihrer Position jemals Ausdruck verleihen können. Allein dieses Beispiel macht deutlich, wie wichtig das Recht auf Volksentscheid in einer konkreten Sachfrage ist, zumal es sich um eine Frage von Leben und Tod, eine Existenzfrage also, handelt.«

Viele Leute meinen, daß man gegen die Stationierung ja doch nichts machen kann, rechtlich seinen weder das Land noch die Bundesregierung zuständig.

**W. D.:** »Rechtsfragen sind schon immer Machtfragen gewesen. Das bedeutet für uns Raketengegner: Wenn wir unsere politische Kraft, unseren Widerstand, in dem Maße auszuweiten verstehen, daß es für die Regierenden »politisch teurer« wird, das Stationierungsprogramm stur gegen den Mehrheitswillen der Bevölkerung durchzuziehen, anstatt sich — in welcher Form auch immer — dem Mehrheitswillen der eigenen Wähler zu beugen, wenn wir diese Stärke erreichen, dann wird das Recht »plötzlich« auf unserer Seite sein.

Dieser Mechanismus war z. B. bei der Volkszählungskampagne zu beobachten: Viele hätten verweigert, viele hätten manipuliert. Der Staat hätte zwar 2 Mill. Bußgeldbescheide verschicken können, er hätte aber 2 Mill. Einsprüche bekommen, 2 Mill. Einsprüche, die von den zuständigen Gerichten nicht mehr zu bewältigen gewesen wären. Zwangsweise hätte eine Amnestie erfolgen müssen, die Staatsgewalt hätte eine unsägliche Blamage erlitten, sie hätte sich nicht gegen den Willen der Bevölkerung durchsetzen können. Die bestehende Ordnung wäre erschüttert worden.

Dieselbe Situation müßten wir auch in Sachen Raketenstationierung schaffen. Die politischen Voraussetzungen sind dazu von der Friedensbewegung noch nicht geschaffen. Wir müssen weiter daran arbeiten. Einen wichtigen Beitrag hierzu sehe ich in der Volksentscheid-Initiative: Je mehr Unterschriften unter den Gesetzentwurf kommen, desto größer wird das politische Gewicht. Sollte der Staatsgerichtshof den Antrag auf Volksbegehren ablehnen, hieße das gegenüber den 200- oder 300tausend Unterzeichner/innen »ihr habt nichts zu sagen«. Eine solche Demonstration der nackten Macht würde aber eine Erschütterung der Legitimität der sogenannten Repräsentanten bedeuten, eine Erschütterung, die viele Menschen zum ausführlicheren Nachdenken über den Stand der Demokratie in unserem Staatswesen bewegen würde.« (Herr Däubler ist Verfassungsrechtler an der Universität Bremen)

Weitere Unterstützungsbeiträge — u.a. von Dr. Herta Däubler-Gmelin (MdB), Rudolf Bahro erscheinen in der nächsten Nummer.

## Dr. Manon Maren-Grisebach: Die absurde Frage stellen

Wer fragt schon seine Mitmenschen: Willst Du, daß die anderen und Du und Deine Kinder massenhaft getötet werden? Ja oder Nein? Aber weil die uns Beherrschenden es so weit haben kommen lassen, daß die Frage tatsächlich ansteht, ob wir in unserer nächsten Umgebung, dicht neben uns, Raketen hinstellen wollen, die 100000 Menschen in einer Stadt auf einen Schlag töten können oder, falls sie in freier Landschaft, in »Sicherheitsdistrikten«, einschlagen, 100 Quadratkilometer unbelebbar machen, da unsere Oberen dies tatsächlich zulassen und behaupten, die Bewohner unseres Landes hätten sie dazu ermächtigt, sind wir **gezwungen**, diese absurdeste aller Fragen zu stellen:

Wollt Ihr die neuen Massenvernichtungswaffen? Ja oder Nein?

Mit dem »Volksbegehren« zum Zwecke eines »Volksentscheids« bieten wir eine der letzten politischen Chancen, Europa nicht zum Schlachtfeld werden zu lassen. Es könnte ein entscheidender Anstoß werden zum Abrüstungswettlauf. Auch eine Hilfe für diejenigen Politiker, die als heimlich friedliebende Schafe noch mit den Wölfen heulen müssen. Auch in der CDU gibt es solche.

Und wenn der Entscheid schlecht ausgeht? Dann sind immer noch, schätzen wir mal, 40 % dagegen, dann sind das immer noch 40 Menschen von 100, und die werden dann ihren Widerstand verstärken im Interesse der anderen 60.

Angst vor der falschen Entscheidung zu haben, heißt, daß wir überhaupt der Demokratie mißtrauen. Wenn wir erst dann riskieren, das »Volk« zu fragen, nachdem alle aufgeklärt sind, nachdem keinerlei Manipulation und Propaganda mehr die Gehirne verwirrt, da könnten wir lange warten und es wäre lange zu spät!

Also laßt uns den Mut haben, die absurdeste aller Fragen zu stellen: Wollt Ihr Euern eigenen Tod und den Eurer Kinder vorbereiten? Wollt Ihr die Massensvernichtungswaffen hier bei Euch stationieren lassen? Ja oder Nein? Leiten wir also diese Abstimmung durch das Volksbegehren ein!

(Manon Maren-Grisebach, Landtagskandidatin der GRÜNEN in Baden-Württemberg)